

Dr. Claudia Lücking-Michel • Carl-Troll-Str. 63 • 53115 Bonn

Offener Brief an die Bundestagsabgeordneten  
Katja Dörner  
Ulrich Kelber



**Dr. Claudia  
Lücking-Michel**

Carl-Troll-Str. 63  
53115 Bonn

Telefon (02 28) 9 17 78 22  
Fax (02 28) 54 94 30

claudia@luecking-michel.de  
facebook.luecking-michel.de  
www.luecking-michel.de

Bonn, 15.07.2013

Sehr geehrte Frau Dörner,  
sehr geehrter Herr Kelber,

gestern haben Sie in einer Pressekonferenz Stellung genommen zu den neuesten Zahlen bei der Entwicklung der Arbeitsplätze in unseren Bonner Ministerien.

Die beschriebenen Entwicklungen heiÙe ich nicht gut, vielmehr gilt es, im Sinne unserer Bundesstadt Bonn gemeinsam zu handeln und der schleichenden Aushöhlung entgegenzuwirken. Umso bedauerlicher finde ich, wenn Sie in dieser Situation die bewährte überparteiliche regionale Zusammenarbeit bei Bonn/Berlin-Fragen wegen kurzfristiger Wahlkampfvorteile verlassen.

Bei der Frage der Einhaltung des Bonn/Berlin-Gesetzes muss allen Regierungen unabhängig von Ihrer Zusammensetzung von uns kritisch auf die Finger geklopft werden. Dies gilt zur Zeit leider auch für die Planungen des Verteidigungsministers de Maizière. Deshalb war der Alleingang von Oberbürgermeister Nimptsch so gefährlich, als er sich im Herbst 2011 ohne jede Abstimmung (z. B. mit dem Landrat) unter vier Augen zu Absprachen mit dem Verteidigungsminister treffen wollte.

Aber der Umgang mit dem Bonn/Berlin-Gesetz ist wahrlich kein Problem alleine von CDU-Ministern: Es war der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, der Anfang des Jahres für einen Totalumzug plädierte. Jürgen Trittin hatte als Umweltminister mit Bonn überhaupt nichts am Hut. Auch haben die Bonner nicht vergessen, dass es der SPD-Kanzler Schröder war, der gesagt hat, er werde Bonn nicht vermissen.

*Möchten Sie mich im Wahlkampf mit einer Spende unterstützen?*

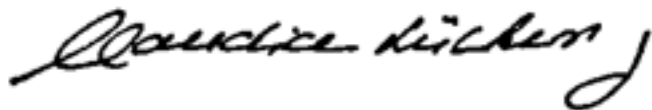
CDU Kreisverband Bonn • Konto 94 300 • BLZ 370 501 98 • Sparkasse Köln/Bonn • Verwendungszweck: Spende, Bundestagswahl 2013

So bedenklich diese Entwicklung ist und so wichtig es ist, dagegen deutlich einzutreten, hochgefährlich ist meines Erachtens Ihr Vorschlag, das Bonn/Berlin-Gesetz durch einen Vertrag zu ersetzen. Wer das Thema neu verhandeln will, wird immer weniger erreichen als im Gesetz festgeschrieben ist.

Es kommt stattdessen darauf an, auf die Einhaltung des Gesetzes zu pochen - wer es aufgibt, gibt Bonn als zweiten Regierungssitz auf. Deshalb hat der Rat am 28. Juni 2012 mit fast allen Stimmen - auch denen von SPD und GRÜNEN, den SPD-Oberbürgermeister ausdrücklich für seine Vorstöße, das Bonn-Berlin durch einen Vertrag zu ersetzen, gerügt und öffentlich festgehalten, dass er dafür kein Mandat hat.

Es ist Wahlkampf, aber ich appelliere dringend im Sinne der Zukunft Bonns und der ganzen Region, die überparteiliche Zusammenarbeit in dieser Frage fortzusetzen. Alleingänge schaden der Sache. Gemeinsam nachhaltig für Bonn einzutreten ist wichtiger als das Schielen auf die Schlagzeile des Tages.

Mit besten Grüßen  
Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Claudia Lücking-Michel". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Claudia Lücking-Michel

P.S.: Diesen Brief werde ich als öffentlichen Brief auch an die Presse weiterleiten.